

Kleine Anfrage

des Abg. Udo Stein AfD

und

Antwort

des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

**Polizeieinsätze in Landeserstaufnahmeeinrichtungen
und Asylbewerberunterkünften in Baden-Württemberg
seit dem 1. Juli 2016**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie oft kam es seit dem 1. Juli 2016 bis heute zu Polizeieinsätzen im Zusammenhang mit baden-württembergischen Erstaufnahmeeinrichtungen und Asylbewerberunterkünften wegen Vorfällen, die auf Verhalten der Bewohner dieser Einrichtungen zurückzuführen waren (bitte nach Monaten und Delikten aufschlüsseln)?
2. Wie viele Ermittlungsverfahren aufgrund welcher Tatbestände wurden im Zusammenhang mit den Vorfällen gegen Personen welcher Staatsangehörigkeit eingeleitet?
3. Wie oft kam es seit dem 1. Juli 2016 bis heute zu Polizeieinsätzen im Zusammenhang mit baden-württembergischen Erstaufnahmeeinrichtungen und Asylbewerberunterkünften wegen Vorfällen, die auf von außen kommende Ereignisse zurückzuführen waren (bitte nach Monaten und Delikten aufschlüsseln)?
4. Wie viele Ermittlungsverfahren wegen welcher Tatbestände wurden im Zusammenhang mit den Vorfällen gegen Personen mit welcher Staatsangehörigkeit eingeleitet?
5. Wie viele davon (bezogen auf Frage 4) hatten einen nachgewiesenen rechts-extremen oder ausländerfeindlichen Hintergrund?

6. Wie viele Straftaten, die sich gegen Asylbewerber richteten, wurden in den baden-württembergischen Erstaufnahmeeinrichtungen und Asylbewerberunterkünften seit dem 1. Juli 2016 vom Personal von Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen oder staatlichen Behörden, welches in den Unterbringungseinrichtungen tätig beziehungsweise eingesetzt gewesen ist, begangen?

21.02.2017

Stein AfD

Begründung

Diese Kleine Anfrage soll einen allgemeinen Überblick bezüglich der allgemeinen Sicherheitslage von Erstaufnahmeeinrichtungen und Asylbewerberunterkünften auf kommunaler Ebene ermöglichen.

Antwort

Mit Schreiben vom 6. April 2017 Nr. 3-13/521 beantwortet das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Wie oft kam es seit dem 1. Juli 2016 bis heute zu Polizeieinsätzen im Zusammenhang mit baden-württembergischen Erstaufnahmeeinrichtungen und Asylbewerberunterkünften wegen Vorfällen, die auf Verhalten der Bewohner dieser Einrichtungen zurückzuführen waren (bitte nach Monaten und Delikten aufschlüsseln)?*
2. *Wie viele Ermittlungsverfahren aufgrund welcher Tatbestände wurden im Zusammenhang mit den Vorfällen gegen Personen welcher Staatsangehörigkeit eingeleitet?*

Zu 1. und 2.:

Im Zeitraum vom 1. Juli 2016 bis 28. Februar 2017 wurden insgesamt 4.633 polizeiliche Einsätze im Zusammenhang mit baden-württembergischen Landeserstaufnahmeeinrichtungen (LEA), Erstaufnahmeeinrichtungen (EA) sowie dem Ankunftszentrum (AZ) Heidelberg erfasst. Die monatliche Aufschlüsselung ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle.

	Jul 16	Aug 16	Sep 16	Okt 16	Nov 16	Dez 16	Jan 17	Feb 17	Gesamt
Anzahl der Einsätze in LEA, EA, AZ	625	574	433	511	544	585	683	678	4.633

Eine Auflistung von polizeilichen Einsätzen an sonstigen Asylbewerberunterkünften in Baden-Württemberg ist angesichts der Vielzahl dieser Unterkünfte sowie der Anzahl der hierfür manuell auszuwertenden Datensätze mit Blick auf den hierfür erforderlichen Arbeits- und Personalaufwand nicht möglich. Die Angaben basieren auf einer Auswertung polizeilicher Lagebildinformationen. Aufgrund der Erfassungsmodalitäten sind dabei Doppelerfassungen nicht gänzlich ausgeschlossen. Darüber hinaus sind sowohl eine deliktspezifische Aufschlüsselung als auch eine Differenzierung der Einsätze nach Vorfällen, die auf entsprechendes Verhalten der Bewohner dieser Einrichtungen oder auf von außen kommende Ereignisse zurückzuführen waren, so nicht möglich.

Bei der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) handelt sich um eine Ausgangsstatistik, in der strafrechtlich relevante Sachverhalte nach der polizeilichen Sachbearbeitung vor Abgabe an die Strafverfolgungsbehörden erfasst werden. Die PKS ist grundsätzlich als Jahresstatistik konzipiert. Unterjährige, mithin monatliche Auswertungszeiträume unterliegen erheblichen Verzerrungen und sind demnach wenig belastbar bzw. aussagekräftig. Ersatzweise wurde daher die PKS anhand des Parameters der Tatörtlichkeit „Asylbewerberunterkunft“ ausgewertet. Es ist anzumerken, dass die Tatörtlichkeit „Asylbewerberunterkunft“ dabei keine Rückschlüsse auf die Tatverdächtigen, Opfer, deren Aufenthaltsstatus oder Beziehung zueinander zulässt. Die PKS weist für das Jahr 2016 insgesamt 12.564 strafbare Handlungen an den entsprechenden Tatörtlichkeiten aus. Nachfolgend wird die Anzahl der Fälle, differenziert nach Deliktsüberschlüsseln, dargestellt:

Tatörtlichkeit „Asylbewerberunterkunft“	
Straftaten gesamt	12.564
Straftaten gegen das Leben	32
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	112
Rohheitsdelikte/Straftaten gegen die persönliche Freiheit	5.195
Diebstahl insgesamt	1.593
– davon Diebstahl ohne erschwerte Umstände	1.340
– davon Diebstahl unter erschwerten Umständen	253
Vermögens- und Fälschungsdelikte	510
Sonstige Straftatbestände StGB	2.235
Strafrechtliche Nebengesetze	2.887
Rauschgiftkriminalität	1.482

10.503 der 12.564 Fälle wurden aufgeklärt. Zu diesen Fällen konnten insgesamt 9.116 Tatverdächtige ermittelt werden. Differenziert nach Deliktsüberschlüsseln ergibt sich dabei nachfolgende Verteilung der TOP 5 Nationalitäten:

Straftaten gesamt	475 SYRIEN, ARABISCHE REPUBLIK	1.705
	237 GAMBIA	1.089
	423 AFGHANISTAN	859
	438 IRAK	799
	000 DEUTSCHLAND	625
Straftaten gegen das Leben	475 SYRIEN, ARABISCHE REPUBLIK	10
	000 DEUTSCHLAND	7
	232 NIGERIA	4
	237 GAMBIA	4
	221 ALGERIEN/438 IRAK	3
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	475 SYRIEN, ARABISCHE REPUBLIK	18
	423 AFGHANISTAN	17
	438 IRAK	16
	461 PAKISTAN	13
	221 ALGERIEN/438 IRAN	8
Rohheitsdelikte/ Straftaten gegen die persönliche Freiheit	475 SYRIEN, ARABISCHE REPUBLIK	1.143
	423 AFGHANISTAN	614
	438 IRAK	581
	237 GAMBIA	371
	221 ALGERIEN	239

Diebstahl insgesamt	475 SYRIEN, ARABISCHE REPUBLIK	63
	221 ALGERIEN	55
	237 GAMBIA	54
	438 IRAK	31
	285 TUNESIEN	30
– davon Diebstahl ohne erschwerte Umstände	475 SYRIEN, ARABISCHE REPUBLIK	57
	237 GAMBIA	51
	221 ALGERIEN	46
	438 IRAK	28
	285 TUNESIEN	27
– davon Diebstahl unter erschwerten Umständen	221 ALGERIEN	10
	121 ALBANIEN	8
	475 SYRIEN, ARABISCHE REPUBLIK	7
	430 GEORGIEN	5
	237 GAMBIA/285 TUNESIEN	4
Vermögens- und Fälschungsdelikte	170 SERBIEN	87
	475 SYRIEN, ARABISCHE REPUBLIK	42
	144 MAZEDONIEN, EH. JUGOSL. REP.	41
	237 GAMBIA	26
	150 KOSOVO	24
Sonstige Straftatbestände StGB	475 SYRIEN, ARABISCHE REPUBLIK	359
	237 GAMBIA	179
	423 AFGHANISTAN	175
	000 DEUTSCHLAND	137
	221 ALGERIEN	123
Strafrechtliche Nebengesetze	237 GAMBIA	638
	000 DEUTSCHLAND	347
	475 SYRIEN, ARABISCHE REPUBLIK	250
	221 ALGERIEN	176
	438 IRAK	120
Rauschgiftkriminalität	237 GAMBIA	463
	000 DEUTSCHLAND	343
	221 ALGERIEN	86
	475 SYRIEN, ARABISCHE REPUBLIK	64
	232 NIGERIA/285 TUNESIEN	35

Ergänzend wird auf die Antwort/Stellungnahme des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration zum Antrag der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke u. a. FDP/DVP „Flüchtlingseinrichtungen, Polizeieinsätze, Identitätsprüfungen – Die Entwicklung im Jahr 2016“, Drs. 16/1565, hingewiesen.

3. *Wie oft kam es seit dem 1. Juli 2016 bis heute zu Polizeieinsätzen im Zusammenhang mit baden-württembergischen Erstaufnahmeeinrichtungen und Asylbewerberunterkünften wegen Vorfällen, die auf von außen kommende Ereignisse zurückzuführen waren (bitte nach Monaten und Delikten aufschlüsseln)?*
4. *Wie viele Ermittlungsverfahren wegen welcher Tatbestände wurden im Zusammenhang mit den Vorfällen gegen Personen mit welcher Staatsangehörigkeit eingeleitet?*
5. *Wie viele davon (bezogen auf Frage 4) hatten einen nachgewiesenen rechts-extremen oder ausländerfeindlichen Hintergrund?*

Zu 3. bis 5.:

Straftaten, die sich gezielt gegen Asylbewerberunterkünfte richten, werden grundsätzlich über den Kriminalpolizeilichen Meldedienst als „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) erfasst und ausgewertet. Im Bereich der PMK sind im Jahr 2016 insgesamt 76 Straftaten gegen Asylunterkünfte registriert worden, die in 69 Fällen der politisch rechts motivierten Kriminalität (PMK Rechts) zugeordnet wurden. Eine fremdenfeindliche Tatmotivation wurde bei 56 Straftaten festgestellt. Sieben Fälle wurden als sonstige, nicht zuzuordnende politisch motivierte Kriminalität (PMK Sonstige) erfasst. Bei elf der 76 Straftaten wurden insgesamt 23 Tatverdächtige ermittelt. Es handelt sich hierbei um 21 Tatverdächtige mit deutscher Staatsangehörigkeit und zwei Tatverdächtige mit italienischer Staatsangehörigkeit. Die politisch motivierten Straftaten gegen Asylunterkünfte des Jahres 2016 werden nachfolgend im Einzelnen dargestellt:

	PMK Rechts	PMK Sonstige	Gesamtergebnis
Branddelikte §§ 306 ff. StGB	7	2	9
Körperverletzungsdelikte	6	1	7
§§ 86, 86 a StGB	21		21
§ 111 StGB	1		1
§§ 123 ff. StGB	1		1
§§ 130, 131 StGB	7		7
§§ 303 ff. StGB	23	4	27
§ 241 StGB	1		1
§§ 242 ff. StGB	1		1
Straftaten nach dem WaffG	1		1
Gesamtergebnis	69	7	76

Im Jahr 2017 sind bislang insgesamt elf politisch motivierte Straftaten gegen Asylunterkünfte registriert worden, die in zehn Fällen der PMK Rechts zugeordnet wurden. Ein Fall wurde als PMK Sonstige erfasst. Die Ermittlungsverfahren werden größtenteils noch geführt, sodass derzeit keine weitergehenden repräsentativen Auskünfte möglich sind. Die bisher im Jahr 2017 registrierten politisch motivierten Straftaten gegen Asylunterkünfte werden nachfolgend im Einzelnen dargestellt:

	PMK Rechts	PMK Sonstige	Gesamtergebnis
Branddelikte §§ 306 ff. StGB	1	0	1
Sprengstoffdelikte § 308 StGB	1	0	1
§§ 86, 86 a StGB	3	0	3
§ 126 StGB	1	0	1
§ 166 StGB	1	0	1
§§ 303 ff. StGB	3	1	4
Gesamtergebnis	10	1	11

Zur Anzahl der Polizeieinsätze wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

6. Wie viele Straftaten, die sich gegen Asylbewerber richteten, wurden in den baden-württembergischen Erstaufnahmeeinrichtungen und Asylbewerberunterkünften seit dem 1. Juli 2016 vom Personal von Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen oder staatlichen Behörden, welches in den Unterbringungseinrichtungen tätig beziehungsweise eingesetzt gewesen ist, begangen?

Zu 6.:

Der Landesregierung liegen hierzu keine statistischen Erkenntnisse vor.

Strobl

Minister für Inneres,
Digitalisierung und Migration